



Gemeinsame Dienststelle mit dem Alb-Donau-Kreis

Im Zuge der Verwaltungsreform wurde die Versorgungsverwaltung aufgelöst und zum 01.01.2005 deren Aufgaben auf die Landratsämter übertragen. Nach Auflösung des ehemaligen Versorgungsamtes Ulm wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Landratsämter Alb-Donau-Kreis, Göppingen, Heidenheim, Ostalbkreis und Biberach verteilt. Der Landkreis Göppingen und der Alb-Donau-Kreis einschließlich Stadtkreis Ulm haben von der gesetzlich vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch gemacht und eine gemeinsame Dienststelle mit Sitz beim Landratsamt Alb-Donau-Kreis Außenstelle Wilhelmstraße 23 – 25 in Ulm gebildet. Hier sind 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Bürgerinnen und Bürger der beiden Landkreise und des Stadtkreises Ulm tätig. Aufgabenschwerpunkte der Versorgungsverwaltung bilden hierbei das Schwerbehindertenrecht und das Soziale Entschädigungsrecht.

Die Fallzahlenentwicklung im Schwerbehindertenbereich zeigt nicht zuletzt aufgrund der demografischen Entwicklung nach oben. Während Anfang 2005 noch insgesamt 65.621 Menschen mit Behinderung registriert waren, davon 30.192 im Landkreis Göppingen, ist diese Zahl bis Ende 2006 auf 71.607 und im Landkreis Göppingen auf 33.905 angestiegen. Im Jahr 2005 sah sich die gemeinsame Dienststelle mit ins-

gesamt 12.494 Erst- und Erhöhungsanträgen sowie 1.996 Widerspruchsverfahren konfrontiert. Im Jahr 2006 haben 11.676 Bürgerinnen und Bürger Anträge nach dem Schwerbehindertenrecht gestellt. Bei rd. 55 % der Antragsteller, die erstmals einen Antrag nach dem Schwerbehindertenrecht stellten, wurde die Schwerbehinderteneigenschaft festgestellt.

Im Sozialen Entschädigungsrecht geht es vorrangig um Versorgungsleistungen an Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene nach dem Bun-

desversorgungsgesetz (Grundrente, Ausgleichsrente, Berufsschadensausgleich, Pflegezulage). Hinzu kommen entsprechende Leistungen für Versorgungsberechtigte nach dem Soldatenversorgungsgesetz, dem Häftlingshilfegesetz, dem Zivildienstgesetz, dem Infektionsschutzgesetz und dem Opferentschädigungsgesetz. Die Zahl der Empfänger von monatlichen Rentenleistungen belief sich zum Jahresende 2005 noch auf 3.529 Personen, davon leben im Alb-Donau-Kreis und dem Stadtkreis Ulm 1.868 Berechtigte; im Land-



Landratsamt Alb-Donau-Kreis – Jugend und Soziales – Außenstelle Wilhelmstraße



kreis Göttingen 1.661 Personen. Da die Zahl der Kriegsbeschädigten und deren Hinterbliebenen altersbedingt kontinuierlich um ca. 8 % jährlich zurück geht, belief sich die Zahl der Rentenempfänger zum Jahresende 2006 auf 3.200. Neben den Rentenleistungen hat eine weitaus höhere Anzahl Versorgungsberechtigter Anspruch auf Heil- und Krankenbehandlung für anerkannte Gesundheitsstörungen.

Insgesamt wurden für Rentenleistungen an Bundesmitteln im Haushaltsjahr 2005 bei der gemeinsamen Dienststelle 17,242 Millionen Euro ausgegeben. Hierbei entfielen auf Versorgungsberechtigte im Landkreis Göttingen 8,202 Millionen Euro. Erst- und Neuanträge wurden in 2005 1.210

gestellt. Die Gewährung von Leistungen der Heil- und Krankenbehandlung wurde von 655 Versorgungsberechtigten beantragt. Bedingt durch das Alter der Kriegsbeschädigten sind hierbei Anträge und Kosten für Pflegeleistungen stark angestiegen.

Im Rahmen des Sozialen Entschädigungsrechts wird vom Fachdienst Versorgung auch sog. orthopädische Versorgung gewährt. Diese Leistungen lassen sich in die zwei Bereiche Versorgung mit Hilfsmitteln (z.B. Rollstühle, orthopädische Schuhe, Prothesen, Gehhilfen, Sehhilfen, Kommunikationshilfen, Hörgeräte) und

Gewährung von Ersatzleistungen (z.B. Hilfen zum Erwerb und zur Haltung eines Kraftfahrzeuges) gliedern. Hierbei erstreckt sich der Zuständigkeitsbereich neben dem Landkreis Alb-Donau-Kreis einschließlich Stadtkreis Ulm und dem Landkreis Göttingen noch auf die Landkreise Biberach, Heidenheim, Ravensburg, Sigmaringen, Ostalbkreis und Bodenseekreis. Im Jahr 2005 waren hierbei 7.546 Anträge zu bearbeiten. Auch in 2006 bewegte sich die Zahl der Anträge auf ähnlich hohem Niveau; das Älterwerden der Kriegsoffer bedingt vermehrte Bedürfnisse nach orthopädischen Hilfsmitteln.



Beim Fachdienst Versorgung werden 34.232 Akten von Menschen mit Behinderung aus dem Landkreis Göttingen geführt – jährlich kommen rund 5.600 neue Anträge hinzu.